

SO

sehen wir es

5970

Herausgeber: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil
Druck: Brühwiler AG, Horgen
Erscheint sechsmal jährlich
Preis: Einzelnummer Fr. 2.-, Jahresabonnement Fr. 8.-
Nummer 2/89, April 1989



Industriezone Langwies/Steinacher:

Versprechen und Realität

Wer sich politisch engagiert, muss eines lernen: Besser als Versprechungen und schöne Absichtserklärungen sind feste Beschlüsse. Letztere geben die Möglichkeit, bei Nichteinhaltung rechtliche Schritte einzuleiten. Werden Versprechungen nicht eingehalten, kann höchstens noch protestiert werden. Ein typisches Lehrbeispiel: Die Gewerbezone zwischen der Steinackerstrasse, Winter-

bergstrasse und dem Grossholz.

Bei der Festsetzung des Gesamtplanes wurde dieses Gebiet der Gewerbezone zugeteilt. Schon damals wollten SP und LdU, dass spezielle Bestimmungen den Aussichtsschutz garantieren sollten, damit auf dem Spazierweg dem Wald entlang die Aussicht auf die Zürichseelandschaft gewährleistet bleibe. Gemäss dem Bericht zum Gesamtplan ist hier "dem Landschaftsschutz besonders Rechnung zu tragen".

Die ersten Gebäude wurden erstellt. Was befürchtet wurde, zeigte sich nun beim Augenschein: Dem Aussichts- und Landschaftsschutz wurde zu wenig Rechnung getragen.

Um zu retten, was noch zu retten war, reichten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte von LdU, SP, CVP und EVP 1987 ein Postulat ein. Ziel: Der Stadtrat solle bei den noch unüberbauten Grundstücken mit einer Höhenlinie den Aussichtsschutz gewährleisten.

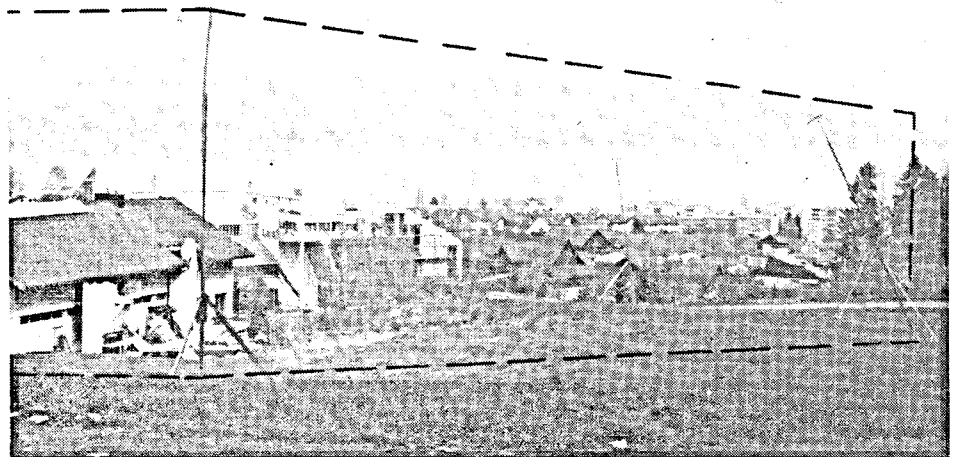
Der Stadtrat war nicht bereit das Postulat entgegenzunehmen. Besser als eine Höhenlinie, so FdP-Stadtrat Paul Huggel, sei, wenn "der Stadtrat seinen Einfluss in der 'Pro Wädenswil' (Grundeigentümerin, an der die Stadt beteiligt ist) macht. Der direkte Weg Stadtrat Pro Wädenswil dürfte effektiver sein". Und Gottlieb Pfister (SVP) meinte: "dass der Aussichts- schutz durch die Auflagen der Gewerbezone B, der gesetzliche Waldabstand und

Fortsetzung auf Seite 4

Meinungsänderung

Noch vor 20-30 Jahren galt fast als Landesverräter, wer in die Sowjetunion reiste. Seit längerem werden ohne Skrupel Geschäfte mit dem Ostblock gemacht. Herr Villiger, Chef der Schweizer Armee, reist nach Moskau, zur "Roten Armee". Zürichs Stapi Wagner weint fast, weil er dem obersten Kommunisten Gorbatschow an den Juni-Festwochen nicht das "Pfötchen" schütteln darf. So ändern sich die Zeiten.

Pech für jene, die sich schon vor 35 Jahren für Völkerverständigung eingesetzt haben und in der Schweiz unter Repressalien leiden mussten. Aber wie heisst es doch: Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom!



Die Landschaft innerhalb der gestrichelten Linie wird nach dem Bau des geplanten Gebäudes vom Weg, entlang des Waldes, aus nicht mehr sichtbar sein.

Schweiz ohne Diskussion?

Die SP und die Armee

- 1888 Gründung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.
- 1906 Der Parteitag (PT) bereinigt Thesen zur Armee: Abschaffung der Kriegsmöglichkeiten, internationale Schiedsgerichte. Bis dieses Ziel erreicht ist, wird ein Volksheer anerkannt, das aber nicht gegen Streikende eingesetzt werden darf.
- 1907 Der PT lehnt die neue Militärverordnung ab.
- 1914 SP-Fraktion stimmt mehrheitlich bei Kriegsbeginn den Vollmachten des Bundesrates zu.
- 1915 PT lehnt Militärkredite ab.
- 1916 SP-Volksinitiative zur Abschaffung der Militärjustiz.
- 1917 PT lehnt Landesverteidigung ab. Motion Greulich fordert Einführung des Zivildienstes für Dienstverweigerer.
- 1918 Generalstreik: Armee schießt auf Streikende.
- 1926 PT beschliesst mit dem Gewerkschaftsbund "eine Kommission zum Kampf gegen den Militarismus zu bestellen". Das Militärbudget soll auch in Zukunft abgelehnt werden.
- 1932 Rekruten schießen in Genf auf eine antifaschistische Demonstration von Arbeitern.
- 1935 PT von Luzern anerkennt Landesverteidigung.
- 1936 PT lehnt Wehrevorlage knapp ab.
Schweizer kämpfen auf Seiten der Republikaner in Spanien gegen Franco.
- 1942 PT: Armee wird anerkannt.
- 1947 PT setzt sich für Rüstungsreferendum ein. Motion Gittermann für Ueberwachung der Atomenergie.
- 1951 PT tritt für das a.o. Rüstungsprogramm ein.
- 1960 Motion Borel über Behandlung von Dienstverweigerer abgelehnt.
- 1963 Atomwaffenverbotsinitiative der SP.
- 1964 Einzelinitiative Borel verlangt Zivildienstpflicht für Diensverweigerer.
- 1965 PT fordert nach Mirage-Skandal Rücktritt von Bundesrat Paul Chaudet sowie Begrenzung der Rüstungsausgaben. SP-Fraktion gegen zu teure Armeeschlafsäcke.
- 1966 Nationalrat Max Arnold fordert mit Postulat die Errichtung eines Institutes für Konfliktforschung und Friedenssicherung. (Immer noch nicht erfüllt.)
- 1969 Florida Affäre, aufgelöst durch Helmut Hubacher.
- 1970 PT beschliesst Herabsetzung der Militärausgaben um 20% und befürwortet Waffenausfuhrverbotsinitiative.
- 1971 Armeekritiker und Nationalrat Villard wird nicht als Mitglied der Militärkommission gewählt.
- 1974 SP-Fraktion lehnt Kredit für Panzer 68 ab, da nicht kriegstauglich. Ein paar Jahre später: Die SP hatte mit ihrer Meinung recht.
- 1975 Leitbild der SP zur Schweizer Armee
- 1979 SP-Broschüre "Schwarzbuch EMD" erscheint
- 1981 PT beschliesst Lancierung Initiative "Rüstungsreferendum."
- 1983 Rüstungsreferendums-Initiative wird eingereicht.
- 1989 Parolenfassung zur Initiative "Schweiz ohne Armee".

Herr Blocher, seines Zeichens auch SVP-Nationalrat, hat wieder mal einen Gegner gefunden: Die Sozialdemokratische Partei. Anlass dazu gibt ihm der Antrag des SP-Parteivorstandes, der Parteitag solle zur Initiative "Schweiz ohne Armee" Stimmfreigabe beschliessen. Sollte dies der Fall sein, so wäre die SP nicht mehr als Bundesratspartei tragbar. Was passiert erst, wenn die SP die Ja-Parole beschliesst? Wird sie dann des Landes verwiesen?

In der Schweizer Verfassung wird die Meinungsfreiheit garantiert. Jede und jeder darf also zu allem und jedem nicht nur eine Meinung haben, sondern sie auch äussern. Dazu gehört auch eine Meinung, die Armee sei immer noch nötig oder eben überflüssig geworden. Auch wer letztere Meinung vertritt, nimmt nur ein Grundrecht wahr und begeht damit weder Landesverrat noch einen Verstoß gegen ein Gesetz.

Armeefragen werden innerhalb der Sozialdemokratischen Partei genau gleich diskutiert wie alle anderen Fragen. Hurra-Patriotismus wäre gerade hier fehl am Platz, wie die vielen EMD-Skandale der jüngeren Geschichte zeigen.

Wir gratulieren



Julia Gerber (SP-Gemeinderätin) und Willy Rüegg zu ihrer Heirat.

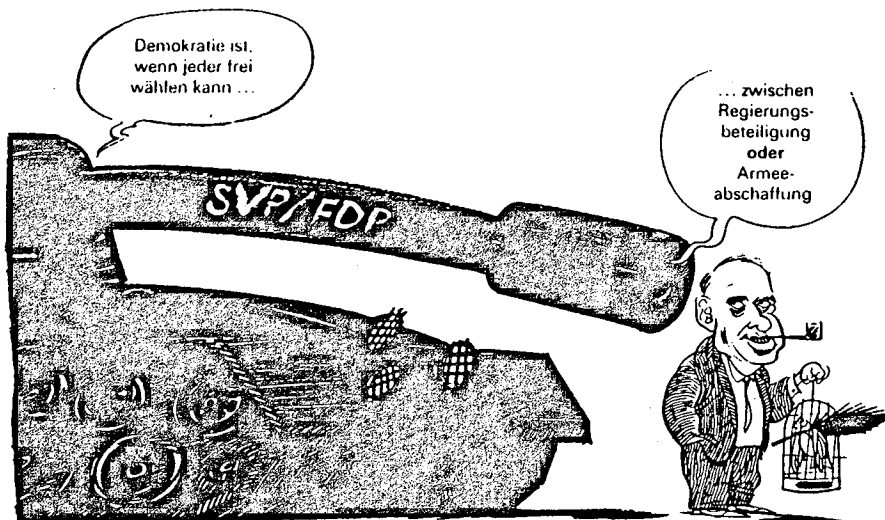


Robert Coletta
Michi Gurt und
Werner Meier für ihre
40 Jahre Mitgliedschaft
in der SP.

gen. Skandale bei deren Aufdeckung gerade die SP aktiv beteiligt war.

Dass die SP - im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien - gegenüber der Armee kritisch ist, hat seine Gründe. Vermutlich eine Mehrheit vertritt die Meinung, dass bei einem Angriff auch Verteidigung erlaubt ist; sich für die Schweiz eine Armee rechtfertigt. Daneben gibt es aber weitere Strömungen:

- Die Religiösen Sozialisten nehmen die Ideen des Christentums ernst, wie sie beispielsweise in der Bergpredigt gelehrt werden. Nur mit Gewaltverzicht kann ihrer Meinung nach die Welt zum Guten verbessert werden.
- Die Pazifisten lehnen das Töten, das eng mit der Armee zusammenhängt, ab und berufen sich dabei auf ihr Gewissen oder die humanistische Tradition.
- Eine vermutlich sehr kleine revolutionär gesinnte Gruppe lehnt bewaffnete Macht nicht grundsätzlich ab, sondern nur dort, wo sie dem Schutz einer ungerechten Gesellschaftsordnung dient, wie dies ihrer Ansicht nach in der Schweiz teilweise der Fall ist. Den bewaffneten Aufstand zur Bekämpfung des Volkes halten sie für legitim und unterstützen dabei - meist vor allem ver-



bal - solche Bewegungen in andern Ländern.

Hinzu kommt, dass die Schweizer-Armee in der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht die Rolle des Neutralen spielte. So wurde die Armee mehrere Male - nicht nur im Generalstreik 1918 - gegen streikende Arbeiter und Demonstranten eingesetzt, wobei es Tote zu beklagen gab.

Klar, dass auf diesem Hintergrund und bei diesem Meinungsspektrum für Diskussionen gesorgt ist, wenn es um Fragen im Zusammenhang mit der Armee geht. Eines hat sich dabei immer gezeigt: Die Mehrheit, welche in einer Frage innerhalb der Partei obsiegte, respektierte die jeweilige Min-

Die nächste Ausgabe von "SO sehen wir es" erscheint in der ersten Juni-Woche

derheit. Niemand wurde wegen einer abweichenden Meinung in diesen Fragen verachtet oder aus der Partei ausgeschlossen.

In diesem Sinne wird jetzt auch in allen SP-Sektionen über die Frage der "GSoA-Initiative" diskutiert. Und den Stimmenverhältnissen entsprechend werden die Delegierten für den Parteitag vom 3. Juni bestimmt. Da mag Herr Blocher drohen so lange er will: die SP-Mitglieder sind sich gewohnt, wenigstens an Parteiversammlungen ihre Meinung frei zu vertreten und sich nicht von aussen einschüchtern zu lassen. Die "Rituale" der Einstimmigkeit sind den bürgerlichen Parteien überlassen. Welche Parole dann am Parteitag auch beschlossen wird: Es wird keine Sieger und Verlierer geben, es wird nur verschiedene Meinungen geben!

Schweiz ohne Armee?

Darüber muss diskutiert werden.

Ende Jahr wird über die Volksinitiative «für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» abgestimmt.

Die Armeebefürworter sind jetzt schon nervös. Sie verstehen nicht, dass über so ein Thema überhaupt geredet wird. Und finden es fast unerträglich, dass eine grosse Partei wie die SP nicht einfach strammsteht und mit allen anderen im Chor diskussionslos nein sagt.

Dabei erlaubt sich die SP nur, die Demokratie ernst zu nehmen. Sie findet das Thema Armee und Friedenspolitik der Diskussion wert. Am 3. Juni wird in Bern eigens dafür ein SP-Parteitag abgehalten; seine Beschlüsse sind noch offen. Aber zu dessen Vorbereitung wird jetzt landauf, landab in den SP-Sektionen informiert und diskutiert, werden Anträge an den Parteitag formuliert und Frauen und Männer als Delegierte bestimmt.

Das sind keine einfachen, aber wichtige Diskussionen. Reden Sie mit!

Ich will nicht strammstehen, sondern mitreden:

Schicken Sie mir Ihre Unterlagen und ein Beitrittsformular.

Name: _____

Strasse: _____

PLZ Ort: _____

Ausschneiden und senden an: SP, Morgartenstr. 2, 8004 Zurich **so**

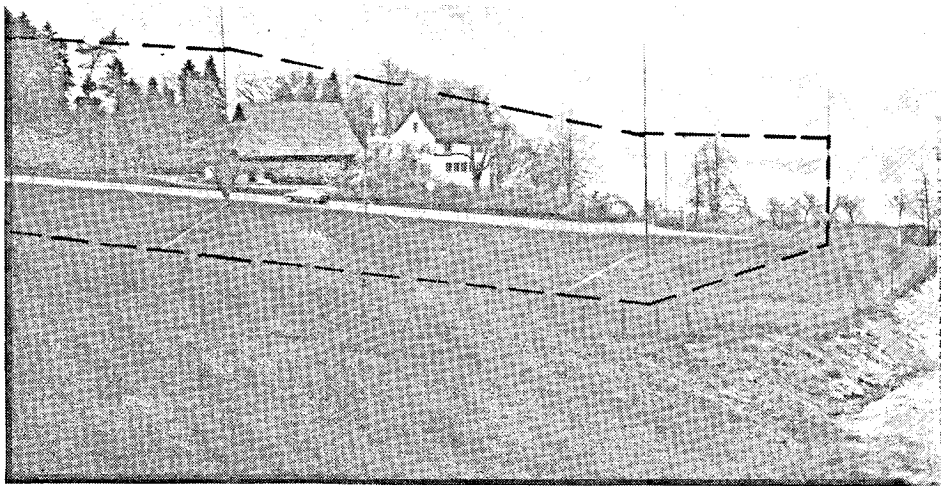
SP

Sozialdemokratische Partei

Fortsetzung von Seite 1

das abfallende Gelände genügend gewährleistet ist". Das Postulat wurde denn auch mit 22:19 Stimmen abgelehnt.

1989 werden die letzten Baugespanne aufgestellt. Was befürchtet wurde ist nun eingetreten: Von Landschafts- oder Aussichts- oder Aussichtsschutz keine Rede, wie die wenigen Fotos zeigen. Wenn alle Bauten einmal fertig sind, wird von der Aussicht auf die Zürichseelandschaft nicht mehr viel übrig bleiben. Was zurückbleibt sind leere Versprechungen!



Von der Sitzbank am Waldrand her, wird bald auch die Liegenschaft "Langwies" nicht mehr sichtbar sein. Ein paar wenige Meter bleiben für den Blick zum Zürichsee.

Zwei persönliche Fragen

Stellen Sie sich vor, Sie hätten vor Jahren Land gekauft, um es einmal zu überbauen oder als Bauland zu verkaufen. Nun möchten Sie das Land heute verkaufen. Zu Ihrem Leidwesen - zum Glück für die Allgemeinheit - liegt das Land in der Reservezone, kann also in den nächsten 10-15 Jahren nicht als Bauland verkauft werden.

1. Frage: Welchen Preis würden Sie von der Stadt bei einem Verkauf dieses Grundstückes fordern, das Sie selber nicht bewirt-

schaften und das nur als Landwirtschaftsland oder als Familiengartenareal genutzt werden kann?

2. Frage: Würden Sie diesen Verkaufspreis als Steuerzahler bezahlen?

Die Erben Blattmann und der Stadtrat haben sich im Fall Hottenmoos auf eine Antwort einigen können. Sie lautet: Fr. 100.--/m². Wie gross ist die Differenz zu Ihren Antworten. Rechne.

Aussichten

Die entschlossenen Anhänger der Ordnung, mehr braucht es nicht, um die Welt in Trümmer zu stürzen. Nur einige alte Anarchisten suchen mit zitternden Köpfen unter den Ruinen nach ein paar Steinen, die zueinander passen. György Dalos

Die diesjährige

SPLITTER

Eine neue Lernmethode - Lesen und gleichzeitig das Gelesene aufschreiben - erprobt man anscheinend an der Wädenswiler Oberstufe. So standen Wädenswiler Sekundarschüler bei Regen im Zürcher Stadtkreis 5, lasen die Nummern der vorbeifahrenden Autos und notierten sie. Dies im Auftrag eines Ingenieurbüros, das für die Stadt Zürich Verkehrserhebungen macht. Ob da "subversive" Lehrer meinten, Jugendliche könnten so zu Antiautomobilisten erzogen werden?

Bezirksmaifeier

findet im Bezirkshauptort Horgen selber statt und zwar am

1. Mai, 16.00 Uhr

Kirchgemeindehaus Horgen

Programm:

15.30 Türöffnung

16.00 Eröffnung

Arbeitersängerbund Horgen und Singgruppe "Linggi Schnurre" Bern

16.45 Rede von SP-Standerat THOMAS ONKEN, und GUGLIEMO ROSSI (italienisch)

18.45 Italienische Folkloregruppe

20.00 Musik und Tanz mit "Spindel"

Verpflegung: Spaghetti al Sugo, Schweinswürstli, Wienerli, Mineralwasser, Bier, Wein, Kaffee.